

II-4274 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 16. MAI 1975

No. 2125/J

A n f r a g e

der Abgeordneten DVw.Josseck,
und Genossen
an die Frau Bundesminister f.Gesundheit u. Umweltschutz
betreffend Vergiftungsinformationszentrale

Mit der Errichtung der sogenannten "Vergiftungsinformationszentrale" im Wiener Allgemeinen Krankenhaus, die bei Vergiftungsfällen sofortige, gezielte Hilfe ermöglicht, wurde eine sehr dankenswerte Maßnahme gesetzt.

Nun werden jedoch Fälle bekannt, wo Herstellerfirmen sich auch bei Vorliegen akuter Vergiftungen weigern, die genaue chemische Zusammensetzung ihrer Präparate bekanntzugeben und damit eine wirkungsvolle, unter Umständen lebensrettende Hilfeleistung verhindern.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister f. Gesundheit u.Umweltschutz die

A n f r a g e:

Werden Sie sich dafür einsetzen, daß - analog zu Regelungen in der Schweiz und in der Bundesrepublik - auch in Österreich eine gesetzliche Vorsorge getroffen wird, die die Herstellerfirmen einschlägiger chemischer Produkte dazu verpflichtet, über die Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes hinaus, auch der Vergiftungsinformationszentrale - selbstverständlich unter entsprechender Geheimhaltungsvorschriften - die genaue Rezeptur ihrer Präparate bekanntzugeben?

Wien 1975-05-16